

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 581.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Wegspreiz für Halle und Querze 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 7 M., halbjährlich 13 M., jährlich 25 M. — Druck und Vertrieb durch die Sächsische Zeitungsgesellschaft, Halle a. S., Postfach 100 010.

Zweite Ausgabe

Beleggebühren für die halbjährliche oder halbjährliche oder deren Raum für Halle a. S. den Sonntag 30 M., andernorts 20 M. — Bestellungen am liebsten bei den Subskribenten, die die Zeitung für ein Jahr bestellen, sind zu machen. — Druck und Vertrieb durch die Sächsische Zeitungsgesellschaft, Halle a. S., Postfach 100 010.

Verkaufsstelle in Halle a. S.: Weiniger Straße Nr. 61/62. Telefon 5108 u. 5109; Nebentelefon 5110. Verleger: Dr. G. W. Müller, Halle a. S.

Mittwoch, 11. Dezember 1912.

Verkaufsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt A 1111 Nr. 6230. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Das Abgeordnetenhaus in Kampfstimmung.

Uns wird geschrieben: Das preussische Abgeordnetenhaus hat wegen der Bekanntschaft mit sich belanglosen Gartenangelegenheiten ungewöhnlich stark geizig und mit einer in der Form kaum berechtigten Schärfe die Innenpolitik des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers bei der weiteren Erörterung des Gegenstandes gefördert. Wir wollen der vollständigen Beendigung dieses Schrittes nicht weiter nachgehen, halten es aber für angebracht, darauf hinzuweisen, daß fast die gesamte Berliner Presse ohne Unterschied der Parteistellung feinerzig energisch dagegen Einspruch erhoben hat, daß auf dem Wege des alljährlich jährlich Wählenden Palais ein Möbelwerk oder eine Möbelwerkstatt errichtet werden sollte, man hielt dies für eine unangehörige Vermählung der alten, historischen Wilhelm-Straße, die in unrunder, nicht mehr zu bestimmender Zeit sich inmitten des Großstadtgebietes allein ihren Charakter bewahrt hat. Nachdrücklich wurde vom Reichsanwalt gefordert, hier einen Maßregeln zu ergreifen. Offenbar darauf ist es zurückzuführen, daß der Reichsanwalt über einen Grundstückstausch zwischen diesem Grundstück und einem sich eventuell zu einem Garten für das Abgeordnetenhaus eignen Grundstück in der Königsgräber Straße verhandelt hat.

Niemand wird leugnen können, daß ein Möbelhaus in jenem Teile der Wilhelm-Straße in der Tat keine Bereicherung des Straßenschnittes geboten hätte. Nun macht das Abgeordnetenhaus unbekanntes Mühsal auf Anlage eines Gartens für seine Mitglieder geltend, dessen Erfüllung der Erwerb des Wählenden Palais allerdings nicht günstig ist, weil dadurch das Gartenstück dem Fiskus verloren geht. Aber der Erwerb des Wählenden Palais war notwendig, und der eines Gartens für das Abgeordnetenhaus doch wohl nicht unbillig. Die Lage des Abgeordnetenhauses ist nicht günstig, jede territoriale Erweiterung erfordert inmitten des lebhaftesten Geschäftsviertels Millionenaufwendungen. Wir meinen, daß im Verhältnis zu dem Vorteil die Höhe des Schicksals doch zu überlegen ist. Das Abgeordnetenhaus tagt jenseit im Winter und nur wenige Monate im Frühjahr, einen großen Teil des Jahres wieder dabei das mit Millionen zu erwerbende Gartenterrain unbenutzt bleiben. In einer Zeit, wo über die dauernde Beibehaltung der Einkommensteuerumlage in Preußen verhandelt wird, begreift deshalb die Forderung des Abgeordnetenhauses im Lande wenig Verständnis. Das preussische Volk hat nicht gefaßt, um seinen Vertretern ein behagliches Heim zu schaffen; das alte Abgeordnetenhaus am Dönhofsplatz hat viele Jahrzehnte mit seinen primitiven Einrichtungen ausgereicht, und wer dort ein- und ausgingen ist und die großen Zeiten grundlegender preussischer Gesetzgebung mitgemacht hat, der liebt die bescheidenen, mehr als schlichten Räume und der begnügt sich zur Erholung mit einem Spaziergang auf dem Dönhofsplatz. Es müßte doch möglich sein, mit dem Herrenhaus ein Übereinkommen wegen Mitbenützung des Herrenhausgartens zu erzielen und dadurch könnte dem Erholungsbedürfnis ausreichen und die Kosten werden. Der Ministerpräsident und Kriegsminister werden wohl zur Verhandlung im Abgeordnetenhaus erscheinen, obwohl eine Notwendigkeit hierzu nicht vorliegt.

Vor den Friedensverhandlungen.

Während an offiziellen Stellen keinerlei Veränderung in der internationalen Lage konstatiert und vor allen Dingen bekannt wird, daß die Verhandlungen in Österreich-Ungarn mit der ägyptischen Frage durchaus nichts zu tun hätten, liegen, allerdings noch unbestätigte, zahlreiche Nachrichten vor, die von einer schwerer Verwickelung des Konfliktes zwischen Österreich und Serbien Mitteilung machen und ein österreichisches Ultimatum an Serbien als bevorstehend ankündigen. Eine Befestigung hierüber fehlt bis zur Stunde noch. Anzeichen haben sich die Friedensbegehrten auf die Reihe gegeben, um am Montag in London ihre Tätigkeit aufnehmen zu können.

Die Friedensverhandlungen.

Wie das Austerliche Bureau erzählt, werden die Delegierten zur Friedenskonferenz in dem englischen König empfangen werden. Der Lordmarch wird ihnen zu Ehren ein Bankett geben. Von maßgebender türkischer Seite wird dem Vertreter von Wolffs Telegrafischem Bureau erklärt, es sei sicher, daß die Türkei keinen Frieden schließen werde, wenn nicht Adrianopel, und zwar als Festung, türkisch bleibe. Außer der an der Schwarzadriatische verarmten Armee übten augenfällig Bekräftigung und Erkräftigung in Konstantinopel. Ferner seien noch mehrere vollständige Divisionen aus Anatolien unterwegs, über deren Stärke und Bewegung strengstes Stillschweigen bewahrt werde. Die Türkei würde sich daher bei eventuellem Abbruch der Verhandlungen mit sehr ansehnlicher Macht dem Feinde gegenüber befinden.

Die Cholera in Konstantinopel.

Vorgehen und gehen sind in Konstantinopel 300 Cholerafälle vorgekommen, wovon 30 tödlich verlaufen sind. Weitere 84 Todesfälle beziehen sich auf früher vorgekommene Choleraerkrankungen.

Die Lage in Adrianopel.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet: Lieber die Lage unserer deutschen Landsleute in Adrianopel liegt eine Nachricht vor, die durch Fundstücken nach Konstantinopel gelangt ist. Danach ist in der deutschen Kolonie Adrianopels alles wohl. Für die Sicherheit der fremden Staatsangehörigen wird von den Ortsbehörden nach Möglichkeit gesorgt.

Die Spannung zwischen Österreich und Serbien.

Die Prager „Bohemia“ erzählt von besonderer Seite: Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad über den Auftrag erhalten, am heutigen Mittwoch der serbischen Regierung eine Note zu überreichen, in welcher in ziemlich scharfer Sprache der Antrag gestellt wird, in welcher Weise die serbische Regierung ihre Politik in dem Standpunkt der österreichisch-ungarischen Monarchie in Einklang zu bringen gedenkt. Diese Note hat nicht als Ultimatum zu gelten. In unternichteten diplomatischen Kreisen wird erklärt, man habe in Wien bereits die Gewißheit, daß Rußland neutral bleiben werde. Man rechnet daher mit der Wahrscheinlichkeit, daß Serbien in der Erkenntnis seiner Isolierung den Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung nachkommen werde. (An maßgebender Stelle ist von einem derartigen Schritt Österreich-Ungarns bei der serbischen Regierung bisher nichts bekannt.)

Das Subalterne „Kelti“ bringt die hochpolitische Auslegung, daß die Entscheidung in diesem Angelegenheit wohl diplomatisch wie militärisch vollkommen vorbereitet und daß die letzten Maßnahmen, zu denen wenige Tage, ja im Ernstfälle wenige Stunden genügen, vollständig vor der Öffentlichkeit gemacht werden. Gegenstand und Ursache dieser Entscheidung ist von der Vorkamer-Konferenz vollständig unklar. Wir hoffen, wenn es sein mag, gemeinsamer Auswertung des herausfordernden, bestehenden und unheilvollen Vertrags Serbiens werden wir nicht bis zur Verhandlung der Vorkamer-Zusammenkunft warten, sondern werden zur Einleitung der schweren Krise und der Unklarheit des Reiches in rascherer Weise entscheidende Schritte machen. Von dieser Entscheidung Österreich-Ungarns haben bereits alle Kabinette Kenntnis. In Wien tritt mit Bestimmtheit das Gerücht, daß Österreich-Ungarns habe Serbien bereits ein Ultimatum gestellt.

In ersten politischen Kreisen wird berichtet, daß in den allerersten Tagen ein gemeinsamer Schritt der Dreimächte an der albanischen Küste erfolgen wird. Hierzu wird weiter gemeldet, daß es sich um eine Flotten- und militärische Expedition nach Durrës und zwar vor Durazzo handelt. Das deutsche Kriegsschiff „Göben“, das in Konstantinopel stationiert war, ist in der Hafen von Pola eingelaufen. Die weiteren deutschen Kriegsschiffe, die sich vor Konstantinopel und im Mittelmeer aufhalten, werden sich zum Zwecke der Demonstration gleichfalls nach Pola begeben, von wo aus die Flotten der Dreimächte die Fahrt nach Durazzo antreten werden.

Aus allen österreichischen Bevölkerungskreisen laufen Spenden für die an der Grenze stehenden Truppen ein. Die kürzlich Franz und Johann von Pechenichen spendeten 20 000 bzw. 30 000 Kronen, die Gemeinde Wien 10 000 Kronen. Das ungarische Ansinnen beziffert sich auf eine förmliche Verordnung, in der die Einstellung der Ausfertigung von Pässen an jede Art wehrpflichtiger Personen in Österreich-Ungarn verweigert und die Auswanderung militärfähiger Männer für das ganze nächste Jahr verboten wird. Die „Sächsische Zeitung“ meldet aus Belgrad, daß die serbische Regierung wegen der Schifffahrt der serbischen Flotten in Ungarn, die mit anderenfalls weitgehend ausgeschlossen sind, bei den ungarischen Behörden Einspruch erhoben habe.

Die als Wische Krage.

Es scheint, als ob man von neuem eine lebhaftere Tätigkeit Rumaniens in der libanesischen Frage wünscht. Derselben Bericht, der von 1900-1905 den Feldzug zum Schutz der Arabergalassen geführt haben, beschäftigen jetzt wiederum gegen jede Grenzverengung zu protestieren, die die Arabergalassen den Griechen ausliefern würde. Man will für die Arabergalassen einen Besatzung der libanesischen Gebiete haben und man wünscht aus diesem Grunde, daß Rumänien ein autonomer Staat werde, der nur der Gesamtheit der Großmächte unterworfen solle.

Vulgarien und Rumänien.

Der bulgarische Gesandte in Petersburg, B. B. B. B., erklärte einem Vertreter des „Aj G.“, es könne keine Rede davon sein, daß Bulgarien sich zu einem Subjekt Landes an Rumänien abtrete. Falls es geschähe, so würde dies eine Quelle von unauflösbaren Konflikten zwischen den beiden bisher eng befreundeten Nationen bilden.

Kein Verzicht Serbiens.

Eine Depesche aus Belgrad demontiert das Gerücht, daß Serbien zu Gunsten Bulgariens auf Monastir verzichtet habe.

Schlimme Kriegsgerüchte.

Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht eine Depesche seines Spezialkorrespondenten in Wien Dr. Dillon, daß demnächst eine Reihe der in der Haft in Genéve, die je in einem Kriege verübt worden sind und einen schwarzen Fleck auf den Ruhm der Balkanländer werfen, in den Vordergrund der öffentlichen Erörterungen gestellt werden würden. Dr. Dillon hat aus Konstantinopel und Bukarest Nachrichten von unheimlichen Missetaten erhalten, die die christlichen Soldaten in der Umgebung von Saloniki unter der unbewaffneten Mohammedanischen Bevölkerung ausgerichtet haben sollen. Dr. Dillon fügt hinzu, daß die Einzelheiten dieser Gräueltat nicht mehr lange unbekannt bleiben würden, da die Konsuln der Großmächte ihren Regierungsbüros bereits ausführliche Berichte telegraphisch hätten.

Die Griechen bombardieren Zanina.

Aus Athen ist hier die Nachricht eingelaufen, daß die Griechen das Bombardement auf Zanina eröffnet haben.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 10. Dezember 1912.

Am Vortage: Dr. Delbrück, Dr. Fischer, v. Heering, Dr. Fraatz.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten und teilte mit, daß der Abg. v. Salem (Reichsp.) Marzinger 5. sein Mandat niedergelegt habe.

Auf der Tagesordnung standen zunächst Anfragen. Auf die Anfrage des Abg. Schiffer-Wandburg (Nat.) und Gen. wegen wirksamen Schutzes gegen Verbrechen, die wegen Selbstmord freigesprochen wurden, erwiderte Staatssekretär Dr. Fischer: Das bisherige Recht sieht für solche Fälle Sühnebestimmungen vor. Zu diesen gehören unter anderem die Verurteilung verbrochener Irren, die freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt worden sind. Die Verurteilung wird von dem Strafrichter angeordnet, wenn die Umstände das gebieten erscheinen lassen. Es ist nicht beabsichtigt, vor der Revision des Strafgesetzbuchs oder der Strafrechtsreform gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen.

Auf die Anfrage des Abg. Hehenbach (Zentr.) betreffend das Verbot der Vorträge eines Antentempers in Freiburg (Breisgau) erwiderte Staatssekretär Dr. Fischer: Dem Reichsanwalt ist der Vorschlag von aus der Tagespresse bekannt. (Zuruf: Gibt es denn keine Tagespresse?) Zur Beurteilung ist es nötig, erst die Einzelheiten kennen zu lernen. Der Reichsanwalt hat sich deshalb an die bayerische Regierung gewandt und diese um einen Bericht gebeten.

Abg. Hehenbach (ergänzend): Inzwischen ist von dem bayerischen Ministerium des Innern eine Verurteilung verboten worden, die für morgen nach Forstheim eintreffen wird.

Präsident Dr. Kaempf: Das ist eine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.

Abg. Hehenbach (Zentr.): Ich halte dies doch für eine Ergänzung.

Präsident Dr. Kaempf: Es ist eine neue Anfrage. (Bravo! Imts, andauernde, große Unruhe und Bewegung im Zentrum.)

Es folgte die Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei über die Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter.

Zur Begründung führte Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortschrittsp.) aus: Speziell typische Fälle der Koalitionsverweigerung sind vorgekommen bei dem deutschen Militärarbeiterverbande. Der Militärarbeiterverband hat stets darauf gehalten, daß die Arbeiterausübung ein wirksames Hindernis zwischen Unternehmern und Arbeitern sind. Sein Status hat nicht das geringste revolutionäre Bestreben. Ein einschneidender Erfolg des Kriegsministers ist als ein direktes Wes des Verbandes angesehen worden. Dagegen dürfen die konservativen Wahlvereine in den Militärverhältnissen, so in Spandau, frei und unbeschwert ihre Tätigkeit entfalten. Auf diese Weise wird aus der letzte Militärarbeiter der Sozialdemokratie in die Arme getrieben. Ähnliche Verhältnisse gibt es bei den anderen hantieren Beamten und Arbeitern. Wenn wir seiner Zeit genügt hätte, daß das Vereinsgesetz von den Behörden so verlegt werden würde, hätten wir Kanteln in das Gesetz hineingebracht. Am schlimmsten steht es mit dem Verbote des haltens sozialdemokratischer Zeitungen. Das ist ein schwerer politischer Fehler und nur mittels Spionage in den Familien durchführbar. In Bayern, wo das Jesuitengesetz auf das liberale angewendet wird, wird ununterbrochen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter verfahren, namentlich gegen das freie Vereinsrecht der Lehrer. Die jüngsten Rundgebungen des Papstes greifen ebenfalls in das Koalitionsrecht der Arbeiter ein. Im Interesse einer erfolgreichen und logischen Bekämpfung der Sozialdemokratie müssen wir gegen solche Verhältnisse und kirchliche Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit vorgehen. Wir erheben in dem Koalitionsrecht das nötige Ventil für die Ungleichheit. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Mir ist es nicht möglich, mich mit Herrn Müller-Meinungen über diese Frage zu unterhalten. In einzelnen Punkten hat er sich meiner Auffassung zum Koalitionsrecht schon erheblich genähert. (Große Heiterkeit.) Immer wird gesprochen von einem uneingeschränkten Koalitionsrecht. Ich habe aber wiederholt nachgewiesen, daß die Bedeutung der Bestimmungen der Generalsordnung hinsichtlich des Koalitionsrechts

berühmte wird. Auch die Reichsverfassung enthält keine Erwähnung des Koalitionsrechts. Die Freiheit, sich zu organisieren, ist ein Ausfluss der persönlichen Freiheit, ein Aushub des Staatsrechts. Sie ist aber in keine Verfassung übergegangen, wenn auch in der preussischen Verfassung als Grundlag der Freiheit des Vereinsrechts aufgeführt ist. Befreiung des Koalitionsrechts ist erfolgt im Mittelrhein, in der Gewerkeordnung und im Mitteldeutsch. Ein privatrechtlicher Vertrag hat insofern Wichtigkeit der Vertragsart Folge, wenn die Befreiung der Koalitionsfreiheit hinausgeht über das, was der Arbeitgeber unter Wahrung berechtigter wirtschaftlicher Interessen fordern kann. Bei Verletzung des § 1 ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß kein schrankenloses Koalitionsrecht aus seinen Bestimmungen resultieren können. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß eine staatliche Befreiung notwendig ist, und daß die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten und Arbeiter zu beschaffen, wenn dies nach allgemeinen Grundregeln notwendig ist, um die betreffenden Einrichtungen leistungsfähig und vollkommen zur Erreichung ihrer Ziele zu erhalten. Ferner sind Vorbehalte berechtigt, die Koalitionsfreiheit der Beamten soweit zu beschränken, als es notwendig ist, das Interesse der Beamten leistungsfähig und intakt zu erhalten, wenn es im Interesse und zur Erleichterung des Staates geboten erscheint. Darans ergibt sich, daß die Befreiung der Beamtensituationen verschieden sein kann, namentlich Beamten gegenüber, die militärisch-organisatorisch sind, so bei den Feuerwehrcorps. Die Gemeindefreihaltung des Papiers bedeutet keinen rechtswidrigen Eingriff in das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß aus Anlaß des Art. 104 nicht unter diesen Umständen in Rom von uns Aufforderungen erlassen werden sind. Wir halten die Entwicklung der interprofessionellen öffentlichen Gemeinwesen in den Staaten, die bis hieher verfolgten, als im Staatsinteresse nützlich und wünschenswert, und wir haben, nachdem die Gemeinwesen keine Veranlassung dazu gegeben haben, weiter eine Veranlassung, uns mit ihnen zu befassen und uns bemühen, diese zu lösen über mangelnde Wachsamkeit in dieser ersten Angelegenheit. (Beifall.)

Kriegsminister v. Goerz: Herrschaften! Ich bin sehr froh, daß der Militärarbeiterverband sich national nennt und entsprechende Statuten hat. Sein Verhalten war aber weitaus anders. Das Verbandsorgan der Militärarbeiter hat diese Grenze ebenfalls überschritten. Der Herrschaften hat die meisten Nationalen unter den Arbeitern getroffen. (Große Unruhe.) Mitglieder anderer Vereinigungen sind von ihm in gefährlicher Weise angegriffen worden. (Hört! Hört!) Kritik zu üben, ist jedem Vereine unversehrt. (Lachen.) Aber diese Kritik muß auf Wahrheit beruhen. Der Militärarbeiterverband hat diese Freiheit auf das größte Mißverständnis und hat alles getan, um die Ordnung zu gefährden und das Vertrauen zu untergraben. Es lag schließlich die zwingende Notwendigkeit vor, unsere Arbeiter vor den Folgen derartigen Schreien zu warnen. Das lag im Interesse der Betriebe selbst. (Lachen links.) Wieder dem Sinne, nach dem Fortschritt nach ist der Erfolg als Verbot anzusehen. Eine an wesentlichen Stellen ist es so aufgeführt worden. Damit ist die Sache ohne weiteres erledigt. Wo der Erfolg falsch aussieht worden ist, ist Remedy einkubiert. Wie dies Remedy geschaffen wird, ist meine Sache. (Große Unruhe.) Es ist erwünscht, daß ein Arbeiter an der Spitze des Verbandes steht, kein Agitator. (Schonlos Bravo! rechts.) Wir stehen schließlich auf dem Boden des Arbeitervertrages; damit vertreten wir den Grundgedanken, die Leistungsfähigkeit der Betriebe zu fördern. (Beifall rechts. Zischen links.)

Preussischer Generalmajor Beuninger: Wir stehen durchaus auf dem Standpunkte des preussischen Kriegsministers. Wenn wir von einer gänzlichen Warnung an die Militärarbeiter abgesehen haben, so wollen wir zunächst abwarten, wie der preussische Erfolg miten werde. Wenn der Verbandsorgan führende Ausschüsse mit ihren großen Hebesätzen hantieren, die Arbeiterrechte ausüben wollen, so kann ich dies nicht anerkennen. (Beifall.) Im übrigen glaube ich nicht, daß Preußen auf uns Bayern wegen des Herrn Ausschusses ernstlich sein sollte.

Ministerpräsident v. Caprivi: Ich habe mich sehr freuen zu hören, daß der Herr Ausschuss ernstlich sein sollte.

Ministerpräsident v. Caprivi: Ich habe mich sehr freuen zu hören, daß der Herr Ausschuss ernstlich sein sollte.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Rechnungsachen; Fortsetzung der heutigen Debatte; Wahlprüfungen; Interpellation wegen Wagenmanets. **Schluß 6¼ Uhr.**

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 10. Dezember 1912.

Am Ministertisch: Staatsminister Dr. Sudow und Minister der öffentlichen Arbeiten v. Drenthausen. **Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Schwinsk** eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Tagesordnung betraf die Dienstverhältnisse der Beamten der Amtsanwaltschaft und betr. die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt vom 1. August 1900 wurden in dritter Beratung ohne Debatte angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. das Schleppliniennetz auf dem Rhein-Weser-Kanal und dem Elbe-Canal. Das dem Ausschuss der Kommission sollte das Schleppliniennetz nicht gelten für Fahrzeuge, die lediglich den Dortmund-Berne-Embs-Kanal benutzen. Nach einem Antrag v. Pappenheim (Kons.) sollten Fahrzeuge, die die Strecke Dortmund-Bergeren benutzen, ohne auf eine anschließende Strecke des Rhein-Weser-Kanals oder des Elbe-Kanals übertragen, in den ersten sechs Jahren nach Inbetriebnahme des Rhein-Weser-Kanals vom staatlichen Schleppliniennetz freigestellt werden.

Berichterstatter Abg. Graf Wolke (Frelson): Berichtete eingehend über die Verhandlungen der Kommission und das um Annahme der Vorlage.

Abg. v. Pappenheim (Kons.): Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs hat Abg. Gerold erklärt, daß seine Partei grundsätzlich die Aufrechterhaltung des § 18 des Wasserstraßengesetzes wünscht, die der Verstaatlichung des Aufstufens des Kanalsangeses von 1905 besteht. In dem § 18 war ausdrücklich das Schleppliniennetz in Aussicht gestellt worden. Ich hoffe, daß das Zentrum an seiner Auffassung heute noch festhält. Wir wollen prinzipiell das Schleppliniennetz auf dem Dortmund-Embs-Kanal, und unser Antrag soll ein Entgegenkommen gegen das Zentrum bebenten.

Abg. Gerold (Zentr.): Wir wollen an dem Kompromiß, das bei der Beratung der Kanalvorlage von 1905 im § 18 zwischen Regierung, Reichsrat und Zentrum geschlossen ist, nicht rütteln. Wir sind aber nicht der Ansicht, daß in dem § 18 das Schleppliniennetz auch für die Strecke Dortmund-Berne bis Bergeren in Aussicht genommen ist. Wir beantragen, daß die von den Konföderativen für die Freilassung der Strecke Dortmund-Bergeren geleichte Brück von 10 Jahren auf 20 Jahre ausgedehnt wird.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Drenthausen: Wenn der Ausschuss der Kommission Geleit wird, dann besteht ein Staatsmonopol nicht mehr. Gegen eine nicht zu lange Übergangsfrist, in der der private und der Staatsbetrieb nebeneinander bestehen, wäre nichts einzuwenden. Der letzte Antrag bedeutet aber schon fast eine dauernde Aufschließung des staatlichen Schleppliniennetzes. Durch das Schleppliniennetz wird keine Schließung der Industrie herbeigeführt werden. Ich bitte um Annahme des Antrages v. Pappenheim, der geeignet ist, einen Ausgleich herbeizuführen. (Beifall rechts.)

Abg. Schmeibler (Nat.): Es ist zu erwarten, daß ohne die Monopolisierung des Wasserstraßengesetzes nicht zustande gekommen wäre. Wir erwarten von dem Wasserstraßengesetz in erster Linie eine Entlastung der Eisenbahn. Diese Entlastung kann aber besser und zweckmäßiger bei dem privaten Schleppliniennetz erfolgen.

Abg. Fehr v. Jellig (Frelson): Es wäre endlich einmal Zeit, daß sich alle Mitglieder des Hauses an einer mittleren Linie verständigen, damit die Annahme ein Ende hat. Ich bitte deshalb den Antrag des Zentrums möglichst einmütig anzunehmen.

Abg. Pappenheim (Kons.): Wir verfahren auf unserem ablehnenden Standpunkte gegen das Schleppliniennetz und gegen das ganze Gesetz. Wir werden aber trotzdem für den Antrag Gerold und Genossen eintreten.

Abg. Feinert (Zog.): Die Kommissionsbeschlüsse sind für uns unannehmbar. Wir bitten um Annahme unseres Antrages, wonach auch für den Dortmund-Embs-Kanal das staatliche Schleppliniennetz eingeführt wird und der Klagen aus der Entwicklung des Verkehrs dem Gesamtverkehr zugute kommen soll. Wir treten für das Staatsmonopol ein, weil es einen Schritt zur Zentralisierung des Staates bedeutet.

Abg. v. Arnsperg-Crenn (Kons.): Der Sinn der damaligen Verhandlungen lag darin, daß auf der Strecke Berne-Bergeren das Monopol eingeführt werden sollte, wenn dies auch nicht ausdrücklich festgelegt worden ist. Sollte der Antrag v. Pappenheim abgelehnt werden, so befehlen wir uns vor, eine Änderung des Antrages Gerold zu beantragen.

Abg. Graf Wolke (Frelson): befragte die Annahme des Antrages Gerold.

Abg. Dieckhoff (Nat.): begründete seinen Antrag, wonach die Strecke Rhein-Weser und der Elbe-Kanal 12 Jahre nach der Inbetriebnahme vom Schleppliniennetz freigestellt werden sollen. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Nachdem der Antrag Arendt und Interpellation kritisch betreffend Realcredit. **Schluß 4¼ Uhr.**

Deutsches Reich.

Der Kaiser empfing gestern mittag im Neuen Palais bei Potsdam den Professor v. Salis und den Ingenieur Simon zur Überreicherung der Reichsregierung des Werner Oberlandes in Gegenwart des im Reichsrat Angehörigen von Caprivi.

Reichsminister von Bethmann Hollweg empfing gestern vormittag den Präsidenten des Reichstages Dr. Kaempf. General der Infanterie a. D. Bronsart von Schellendorff, der frühere Kriegsminister, beging am 9. Dezember die Feier seines 60jährigen Offiziersjubiläums. Walter Bronsart von Schellendorff wurde am 21. Dezember 1833 in Danzig geboren. Der medienburgische Verfassungsentwurf abermals abgelehnt! Der von den beiden medienburgischen Regierungen dem

medienburgischen Landtag vorgelegte Verfassungsentwurf ist gestern nach der Beratung in der Kommission von dem in Danzig in Wahlm in Pen u m abgelehnt worden. Die Ablehnung erfolgte gestern nach der Mittelteil um 6 gegen 27 Stimmen, seitens der Landstätt mit 31 gegen 9 Stimmen. **Der kleine Kreuzer „Stralund“** ist gestern in Kiel zum ersten Male in Dienst gestellt worden. Das neue Turbinenintensiv „Friedrich der Große“, das zu einer Propellerantrieb vorläufig von Danzig nach Kiel zurückgeführt ist, erzielte bei den Probefahrten in der Danziger Bucht trotz vielfachen Hindernisses und bewegter See eine Höchstgeschwindigkeit von 26,6 Knoten. Die Geschwindigkeit ist fast genau der des neuen Turbinenintensivs „Kaiser“ mit 23,7 Seemeilen gleich. Der neue kleine Turbinenkreuzer „Stralund“ mit dem neuen kombinierenden Propellerantrieb bei normaler in Meereswasser eingetrossen. Er erzielte bei den bisherigen Probefahrten nahezu 27 Seemeilen Höchstgeschwindigkeit.

Verbot eines Feiutensvertrages. Das Reichsamt in Hagen hat den für heute abend angekündigten Vortrag des Feiutensvertrages von Hagen über das Thema „Die Wahrheit über die Feiuten“ verboten.

Ausland.

Der österreichische Personewechsel. In Oesterreich-Ungarn hat sich über Nacht ein Ereignis vollzogen, dem man in ruhigen Feilgungen wohl kaum größere Bedeutung beizulegen hätte: der gemeinsame Kriegsminister Friedrich von Auffenberg und der Generaladjutant Feldmarschalleutnant Schenau, der bekanntlich erst vor etwa zehn Tagen in Berlin einige Stunden infolge melle, was damals großes Aufsehen erregte, in Wien von hier zum ersten Mal zurückgekehrt. Es liegt natürlich nahe, diesen Vorgang mit der politischen Hochspannung in Verbindung zu bringen, um so, als es die Spitze des österreichisch-ungarischen Generalstabes wieder General der Infanterie Komrad von Böhmendorf treten dürfte, jene ausgeprägte militärische Persönlichkeit, die sich des besonderen Vertrauens des Erzherzog-Kronprinzen als persönlicher Berater und in eingehendster Weise um sein Wohlstande, das die Stellung des Generalis Freiherrn von Auffenberg als gemeinsamer Kriegsminister eine unhaltbare sei. Es hätte sich einseitig gezeigt, daß er nicht die richtige Mann für diesen so verantwortungsvollen Posten ist. Auch der Adjutant Schenau trägt keine Unbefriedigung in sich, denn man würde, daß über kurz oder lang wieder Komrad von Böhmendorf die Spitze des Generalstabes treten würde, der vor Jahr und Tag nur deshalb seinen Posten verließ, weil er, mehr Solbat als Politiker, ihm wichtig erscheinende Verfügungen der strategischen Stellung Oesterreich-Ungarns in Südböhmen hatte vornehmen lassen, was in Italien große Erregung hervorrief. Da aber in Ungarn das Bundesverhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn nach Wien aus an Freundschaftlichkeit der gegenseitigen Feindung viel gewonnen hat, so lau für die Wiederberufung Komrad von Böhmendorfs auf seinen alten Posten kein Hindernis mehr vor. Feldmarschalleutnant Schenau dagegen scheint sehr bei einem etwanigen Kriege die gegen Serbien operierende österreichisch-ungarische Armee zu beschäftigen. Es wäre ferner, gerade für diese Aufgabe einen besseren Befehlshaber zu finden, auch wenn man nicht bemerkt, daß sich trotz der aller halbamtlichen Ablaufens schon immer vertretener Auffassung der österreichisch-serbische Konflikt einer genauen Lösung nähert, und zwar, wie der „Welt Rundschau“ (Lund) schreibt, sogar sehr rasch. Sollte es also zum Kriege kommen, so trägt nicht Serbien das russische Reich die Hauptlast. Was es doch bezeugt in seiner Macht, das seine Hinterwelt zur nächsten Waffe und Selbstschädigung zu werden. Daher würde es auch in erster Linie vor dem Richter der Geschichte die Verantwortung tragen, wenn ein österreichisch-serbischer Zusammenstoß nicht auf die beiden Völker beschränkt bliebe. Die beiden slavischen Völker tragen in ihrer Lage Frieden oder Krieg!

Die militärische Ausrüstung von Serbien, die die Erweiterung des Feldmarschalleutnants von Komrad zum Kriegsminister bereits erfolgt. Ihre Verfertigung dürfte heute erfolgen. Der Kaiser hat die Demission des Chefs des Generalstabes Feldmarschalleutnant v. Schenau angenommen und ihn zum Kommandanten des 14. Korps (Amnabund) ernannt. Die Krone „Bohemia“ erzählt von besonderer Seite, daß auch der Minister des Inneren Graf Verschöndt dem Kaiser diese Demission angeboten habe, die jedoch vom Kaiser nicht angenommen worden sei.

Die Parlamentswahlen in Ungarn beschloßen. Die Vorlage über die Schaffung einer Parlamentswahl wurde gestern im ungarischen Abgeordnetenhause ohne Debatte angenommen.

Der russische Großfürst in Bukarest. Großfürst Nikolaus Michailowitsch ist gestern vormittag mit Gefolge in Bukarest eingetroffen und vom König, den Prinzen Ferdinand und Carol und sämtlichen Ministern empfangen worden. Er besah sich unter lebhafter Begeisterung des Publikums ins königliche Schloß.

Kurzer Prozeß in Rußland. Die in Anklageaufwand verurteilten und zum Verhör nicht erschienenen sechs Mitglieder des Hofgerichts sind auf Anordnung des Untersuchungsrichters verhaftet und unter Verwahrung nach Petersburg befördert worden.

Vom neuen spanischen Geschwader. Neben der Bau des neuen spanischen Geschwaders wird bekannt, daß drei Kreuzer mit 2100 Kanonen Wasserdrängung, zwei Torpedobatterien, einen Minierboote, 3 Unterseekanone auf Stapel gelegt werden sollen, und zwar ausschließlich auf einheimischen Werften. Die Arbeiten werden in Herzog beginnen, sobald der Kreuzer „Alfonso XIII.“ vom Stapel gelassen ist. Der Kreuzer „España“, der von einer englischen Gesellschaft gebaut worden ist, wird im April an die Marineschiffen abgeliefert werden.

Unruhen in Liberia. Das Leben der Europäer in River Coß ist durch liberische Soldaten bedroht. Die Europäer beschäftigen, den Ort zu verlassen. Von den deutschen Kriegsschiffen ankert der „Rauher“ vor River Coß, „Geyer“ vor Monrovia.



Hygiene-Sessel
Enorme Auswahl
: nur la. Arbeit :
Möbelfabrik C. Hauptmann
RI. Ulrichsstraße 36 a u. b.
Poststraße 3.

Die Luftschiffahrt.

Notenbung.

Oberleutnant Eibessen und Leutnant Behm als Beobachtungspiloten, die auf einem kleinen Doppeldecker...

Aus Nah und Fern.

Der Gewinn bei der russischen Fleischschiffahrt. Ein gutes Geschäft würde, falls die in der gestrigen Veranlassung des Vereins...

Verhaftung eines Wädhenshändlers. In Barchin von Sotomayor wurde ein Wädhenshändler verhaftet, welcher mehrere junge Mädchen über Hamburg nach Argentinien zu verschleppen...

Ein Knabenmord. In Ostfriesland bei Dornum wurde ein 14jähriger Schullehrer erhängt aufgefunden. Die Leichenöffnung hat Merkmale dafür ergeben, daß der Junge, nachdem ein Verbrechen an ihm begangen war, er umgebracht worden ist...

Von Wädhens angefallen. Auf dem Dienstwege im Elsaß zwischen Oberfeld bei Metz und dem Dorfe Sillingen ist ein Landbesitzer der hiesigen Postamt im Walde von zwei Wädhens angefallen worden. Er gab zwei Revolverkugeln ab, worauf die Wädhens, die auch schon von den Bewohnern Sillingens gesehen worden waren, entflohen.

Feuer im Dampfschiffhaus. Im Keller des bei der ehemaligen Genossenschaftlichen Holzgelege-Unternehmens befindlichen "Kaiserschiff" brach mittags ein Brand aus, der sich durch einen Luftschiff auf den Dachstuhl ausbreitete. In kurzer Zeit stand der ganze Dachstuhl des ausgebehten Gebäudes in Flammen...

Wahnsinnig gestürzt. Der 74 Jahre alte Arbeiter-Inhabende Franz Müller, der seit längerer Zeit in Berlin-Grünow wohnte, meldete sich gestern dort ab mit der Angabe, er wolle seine Wohnstube in Glogau besuchen. Nachdem er sich zu der langen Reife etwas Zeit angemerkt hatte, begann sich bei altersewöhnlicher Mann nach dem Bahnhof Stralau-Hummelberg. Hier geriet er am Ende eines Bahnhofs auf die Schienen und wurde, wie ihn noch die entsetzten Zeugen des Vorfalles zurückrufen vermochten, von einem herangehenden Berliner überfahren und auf der Stelle getötet. Die scharflich gestülpte Reife überlag mit dem Schutznetze.

Drei Personen durch Kohlenstaub verätzt. In einem Hause des Westens in Wien sind drei Personen tot und eine vierde vermuthlich infolge eines unglücklichen Zufalles, vor.

Gefährliches Spielzeug. Eine Arbeiterfamilie in Mönchheim fand beim Reigen des Sommerfestes eines ihrer Kleinkinder in einer Zisterne einen geladenen Revolver. Sie legte die Waffe auf den Tisch. In einem unbewachten Augenblick nahm der achtjährige Sohn der Frau die Waffe in die Hände, die sich plötzlich entlud. Die Kugel durchschlug dem Knaben die rechte Hand und drang der hinter dem Knaben stehenden neunjährigen Schwester in den Kopf. Das Mädchen war sofort tot.

Verderbliche Waften. In Bord des von Südamerika in San Diego eingetroffenen Dampfers "Bernardo" wurden 6000 runderhändiger Patronen gefunden. Das Schiff wird gegen die Ausgabung mit dem Notwendigsten unterzogen. Die Weiterführung des Schiffes wird unter den üblichen Vorkehrungen möglichen erfolgen. Zur Beunruhigung des Publikums liegt kein Anlaß vor. Die gefundene Schiffsbesatzung wurde untersucht und unter Beobachtung gestellt.

Wissenschaft, Kunst, Theater und Musik.

Die Verteilung der Nobelpreise.

Die Verteilung der Nobelpreise. Die Verteilung der Nobelpreise erfolgte gestern nachmittags am Jahrestage des Todes des Stifters Alfred Nobel, in Stockholm mit den üblichen Feierlichkeiten. Vier von den fünf Preisträgern waren anwesend, nämlich Geomard-Rangy und Nobelpreis-Erbin für Chemie, Carrel-Nobelpreis für Medizin und Nobelpreis für Physik, die beiden anderen waren durch ihre schmerzlichen Angehörigen während eines Experiments verhindert zu erscheinen und wurde durch seinen Bruder, Professor der Medizin Delon, vertreten. Aus der Hand des Königs empfingen die Preisträger den Preis, der sich auf 100 000 Francs bezieht, das Diplom und die goldene Medaille. Die Verleerung des Nobelpreises an Geisteswissenschaften war von kurzem Besitzt besetzt. Abends fand zu Ehren der Preisträger ein großes Dinner statt, bei dem Prinz Wilhelm in Vertretung des im Auslande befindlichen Kronprinzen den Vorsitz führte. Heute wird der König ein Dinner im Schloß geben.

Aus Halle und Umgebung.

Halle a. S. den 11. Dezember 1912.

Justizrat Karl Glimm 7.

Der unerwartliche Tod hat wiederum eine tiefe Wunde gerissen. Am gestrigen Dienstage, nachmittags 2 Uhr, ist der Rechtsanwalt und Notar Herr Justizrat Karl Glimm an einer Lungenerkrankung plötzlich verstorben. Im Jahre 1853 in Jülich bei Stendal als Sohn eines Gutbesizers geboren, wanderte sich Karl Glimm nach Wolfenbüttel des Gymnasiums in Stendal dem juristischen Studium zu. Im Jahre 1878 wurde er Referendar in Burg bei Magdeburg und 1881 Assessor in Halberstadt. Bald darauf erfolgte seine Ernennung zum Amtsrichter in Treffurt. Dort trat er auch zum ersten Male politisch hervor, und zwar als Anhänger der freikonserватiven Richtung. Im Jahre 1886 rückte er nach Halle über und ließ sich hier als Rechtsanwalt nieder.

Am nächsten fand er seine Praxis vornehmlich in landwirthschaftlichen Kreisen, später auch in der Industrie. Dem Verstorbenen wird nachgerühmt, daß er seine Annahmefähigkeit stets in vornehmer Weise geführt hat, dazu kamen eine glänzende Redner- und Berathungsgabe und große Rechtskenntnis. Das alles verschaffte ihm bald eine sehr ausgebehten Praxis und damit ein weites Arbeitsfeld. Auch hier in Halle hat der Heimgegangene sich die freikonservativen Politik große Verdienste erworben, die dazu führten, daß ihm eine Stadtbaurat für den Reichstag angetragen wurde. Auch im kommunalen Leben hat er für die Stadt einen hervorragenden Rolle gespielt. Etwa 12 Jahre lang war er als Stadtbaurat tätig und hat während dieser Zeit seine reichen Erfahrungen und sein tiefes Wissen stets bereitwillig in den Dienst der Stadt gestellt. In Offizierskreisen erwarb er sich als Hauptmann d. R. und zeitweiliger Korporal militärischer Ehrenglieder große Beliebtheit. — Nun ist er, 60 Jahre alt, eingegangen in die Ewigkeit. Sein viel zu früher Tod weckt schmerzliche Trauer in allen Kreisen, die ihm näher standen. Sein gerader, aufrechter Charakter, seine Lebenswürdigkeit und alle seine Eigenschaften sichern ihm ein nie verlassendes Andenken. Er ruhe in Frieden!

Letzte Telegramme.

Frequenz der Berliner Universität.

Berlin, 11. Dez. Die Berliner Universität weist in diesem Semester die höchste bisher erreichte Zahl von Studenten auf, nämlich 10 014. Davon sind 887 Studentinnen.

Schöne Hingereistung.

Magdeburg, 11. Dez. Hans Grade flog gestern mit seiner neuen dreiflügeligen Maschine mit Passagier in 75 Minuten von Bork nach Magdeburg.

Attentat auf einen Verleugner.

Rassel, 11. Dez. Gegen den Reichs-Verleugner der Schörschlagbahn, der mit über 400 Arbeitern besetzt war, wurde ein Attentat verübt. Steine und Baumstämme waren über die Schienen gelegt. Zum Glück bemerkte der Lokomotivführer das Hindernis rechtzeitig und konnte so eine Entgleisung verhüten.

Schiffs-Insall.

London, 11. Dez. Das Dampfschiff "Centurion" war in stundenlangem Kampf mit vollem Dampf gegen eine unbekannten Dampfer gefahren. Beide "Centurion" lüchelten nach dem Dampfer, fanden aber keine Spur. Man befürchtet, daß er mit allen Passagieren an Bord in den Grund gebohrt wurde. Die "Centurion" ist wohlbehalten in Plymouth angekommen. Das von ihm zum Sinken gebrachte Schiff war nach Angaben des Kommandanten ein kleiner Küstenschiff.

Vom Schützengrennen.

New-York, 11. Dez. Das Schützengrennen brachte gestern einen schweren Sturz Walter Kütts, indem er über zwei andere stützende Fahrer zu Fall kam. Er erlitt große Verletzungen an Armen und Beinen. Nach der 31. Stunde hatten 13 Mannschaften 1090 Kilometer zurückgelegt.

Börsen- und Handelsteil.

Die Börsen in Paris und London.

Paris, 10. Dezember. Auf die angespannte Lage des Geldmarktes, die gestrige Verunsicherung, Verwirrung und den durch die unangenehme amerikanische Kupferkrise bedingten Rückgang der Rio-Tinto-Aktien war die Börse heute allgemein schwächer benannt. Angebot zeigte sich namentlich in russischen Industrieaktien, und auch Rio-Tinto-Aktien gaben im Verlaufe nach. Die Geschäftstätigkeit war eng begrenzt. Der Schluss der Börse war träge.

London, 10. Dezember. Die heutige Börse verkehrte in schwacher Haltung. Amerikaner und Canadian Securities zeigten schwächere Tendenz. Kupferwerte und De Beers lagen matt, heimische Bahnen waren ebenfalls schwächer, während Südafrikaner festere Haltung aufwiesen.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and flour. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Table with market prices for various goods like oil, sugar, and other commodities. Columns include item names and prices per unit.

Bank für Handel und Industrie

Filliale Halle a. S.

Aktienkapital und Reserven:

192 Millionen Mark.



